

Die Sonntagspost.

Eine Zeitschrift zur Belehrung und Unterhaltung für Jedermann.

Erscheint jeden Sonntag
und kostet bei den Händl. Thurns und Tax-
schen Postämtern vierteljährlich 11 1/2 Sgr.,
in den Expeditionen in Lemgo und Detmold
10 Sgr.

N^o 22.

Lemgo, 30. Mai 1858.

Anzeigen
werden berechnet:
unter 5 Zeilen mit 2 Sgr. 6 Pf.
von 5—10 Zeilen 5 Sgr.
über 10 Zeilen jede Zeile 6 Pf.

Volkswirtschaftliche Zustände in Lemgo.

Es ist nicht unser Zweck, mit dieser Uebersicht irre zu leiten, um Jemanden glauben zu machen, unsere öffentlichen Angelegenheiten würden nach den Grundsätzen der Nationalökonomie behandelt. Wir wollen von unsern volkswirtschaftlichen Verhältnissen einfach deshalb hier sprechen, weil gerade diese es sind, welche, da die empfindlichste Stelle den Geldbeutel berühren, sich außerordentlich für die Öffentlichkeit qualifizieren. Bei Behandlung dieses Gegenstandes wollen wir nicht bis in Lemgos graue Vorzeit hinaufgehen, wo durch den Selbst-Betrieb städtischer Biegel- und Kalköfen der Stadtfiskus verarmt wurde, die Stadtkasse aber nichts davon ausgegeben bekam, weil Alles in Rauch aufging. Auch jene Zeit soll uns gleichgültig sein, wo unter jedem Thore eine rostige Hinte stand, welche präsentirt werden mußte, wenn Ein oder Rath die Wast besah und wenige Schritte hinter ihm der Proviantwagen fuhr, wo die Wast natürlich auch für Rechnung der Stadt administriert wurde und als Resultat dieser Finanzmängel die Administratoren 1 Sgr. schreibe einen guten Griechen, an die Stadtkasse abliefern. Hierzu läßt sich nicht viel sagen, die Zeiten liegen hinter uns. Alles geht heute dem Rathe erwartet, der alljährlich am Samstagabend den 4. Haufen dieselben Propositionen macht, welche in Fragen gestellt wurden, die von den 4. Haufen mit denselben Worten alljährlich beantwortet wurden. Eine Frage, die unabweislich von den wenigsten Mitgliedern der letzteren verstanden, aber regelmäßig mit Ja beantwortet wurde, war, ob die Regiments-Mottil auch beibehalten werden sollte. Diese Regiments-Mottil, deren Inhalt schwerlich von einzelnen gekannt wurde, war nämlich die alte Stadterfassung, aber nicht nach heutigen Erfordernissen, sondern sie war ein Polizeigesetz mit Kleiderordnung.

Zum Glück für die Stadt lehrte die Städteordnung von 1843 diese Wirtschaft aus. Durch die Wahl der Stadtverordneten erwachte ein neues Leben und mit diesem mehr Interesse für städtische Angelegenheit bei den Bürgern. Die Souveränität des Ersten Rathes wurde gebrochen, auch übte von jener Zeit an die Regierung das Oberaufsichtsrecht, wobei wir nur zu beklagen haben, daß jenes nicht strenger durchgeführt wurde. Die ab und dann wiedererwachenden Souveränitätsgelüste gereichten nur in sehr seltenen Fällen der Stadt zum Wohle.

Mit der Städteordnung sollte auch eine geregelte Finanzwirtschaft eingeführt werden, und sind die §§ 133 und ff. von großer Wichtigkeit, wenn sie mit derjenigen Gründlichkeit und Pünktlichkeit durchgeführt werden, welche ein gesundes Finanzsystem verlangen. Früher kannte man in unserer Verwaltung keinen Etat, sondern es ging immer der alte Wagen in demselben alten Gleise. Daß die Stadtverordneten aber dieses Etats wegen sofort mit dem Magistrat in Conflict kamen, kann gar kein Wunder nehmen, weil alles Neue schon des Neuen wegen gehaßt wird, und man es nicht für gut hält, daß Alle Alles wissen. So treffen wir denn den ersten Etat für's Jahr 1844 (1). Er schließt mit einer Einnahme von 12574 Thlr. 4 Mgr. und einer Ausgabe von 11961 Thlr. 3 Mgr. 2 Pf., ergibt mithin einen Ueberschuß von 613 Thlr. — 4 Pf. Glückliche Zeiten! — wo der Stadtetat noch ein Plus nachwies. Dieses Plus ent-

stand durch die Einnahmeposten: Accise, welche durch die Zollverhältnisse sehr herabgedrückt wurden, die bestehenden Brennereien mußten eingehen, das Pflastergeld wurde, ohne die Stadt entschädigt zu sehen, aufgehoben etc. Der Etat von 1845 schließt mit einer Einnahme von 13318 Thlr. 19 Mgr. und einer Ausgabe von 11311 Thlr. 13 Mgr. 3 Pf. also einem Ueberschuß von 2007 Thlr. 6 Mgr. 3 Pf. Das Jahr 1846 hat ein Plus von 476 Thlr. 29 Mgr. 5 Pf., das Jahr 1847 aber von 1269 Thlr. 2 Mgr. der Etat für 1848 weist einen Ueberschuß von 1273 Thlr. 18 Mgr. 2 Pf. nach. Erfreulicherweise setzt der Etat für 1846 zuerst 1000 Thlr. zum Abtragen von Schulden fest, welche wir in den folgenden Jahren nicht wiederfinden. Der Etat für 1849 hinterläßt ein Plus von 1472 Thlr. 8 Sgr. Es wurden daher von 1844 bis 1849 incl. 6812 Thlr. 18 Mgr. erhöht und fielen die Zinsen der Passivkapitalien von 4200 Thlr. auf 3993 Thlr. 14 Mgr. 3 Pf., welches aber kein glänzendes Resultat genannt werden kann, weil diese Summen mehrtheils aus den Taschen der Bürger flossen, wodurch das Nationalvermögen nicht gehoben wird. Wie groß das Vermögen der Stadt ist, weiß man nicht einmal annähernd; es existirt zwar ein Verzeichniß des Gannereivermögens, welches im Jahre 1846 aufgestellt wurde, woraus man nur den Werth der Gebäulichkeiten nach dem Brandkataster und den Ertrag der Verpachtung sowie die Größe des Grundvermögens ersehen kann; aber eine Taxirung des letzteren ist nie vorgenommen, weshalb wir auch noch immer im dunkeln tappen, und nicht wissen, ob es die angemessenen Zinsen aufbringt. Mit wieviel sich das Stadtholz verzinslet, muß man wissen, ehe man sagen kann; es muß so und so viel aufbringen, und tröstet der Magistrat die Stadtverordneten schon im Jahre 1846 damit, daß die vom Forstinsp. Röttgen zu liefernde Verrechnung bald eingereicht werde. Diese läßt bis heute noch auf sich warten.

Die Etats von 1849 bis 1851 sind den vorigen ganz gleich und wollen wir daher die Leser mit den Zahlen nicht weiter belästigen. Der Etat von 1851 unterscheidet sich wesentlich von seinen Vorgängern dadurch, als in jenem Jahre statt der indirecten Steuer, der Accise, eine directe Steuer, eine klassifizierte Einkommensteuer eingeführt wurde. Es wurde hierdurch mehr Klarheit in die Rechnung gebracht, wir hatten fortan nur mit fester Einnahme zu thun. Der Etat für 1857 schließt mit einer Einnahme von 10509 Thlr. 12 Sgr. 4 Pf. und mit einer Ausgabe von 11521 Thlr. 15 Sgr. 5 Pf. bei einem Zinsbetrage von 3808 Thlr. 5 Sgr. 10 Pf. für Passivkapitalien, sowie mit 6600 Thlr. Resten aus allen Einnahmeposten. Von den Resten wird viel, sehr viel verloren gehen, da man erst jetzt ernstliche Schritte thut, um diese Rückstände beizutreiben, welches durch eine Commission geschieht. Wer die Schuld daran trägt, daß die Stadt solche enorme Verluste hat, wollen wir hier nicht untersuchen, wir glauben, das ganze System ist daran Schuld. Das Rassenwesen bedarf einer durchgreifenden Verjüngung, welche bis jetzt nicht hat durchgeführt werden können, obgleich die Stadtverordneten schon oft einen vergeblichen Anlauf dazu machten. Die Buchführung sowohl als der Etat geben nicht diejenige Uebersicht über unser Finanzwesen, welche nöthig ist, um eine klare Bilanz ziehen zu können. Der Etat für sich soll ein vollständiges Bild der Verwaltung darlegen. Wie himmelweit ist unser städtischer Veranschlag

davon entfernt! Er weist in 14 Positionen mit Unterabtheilungen die Einnahme und in 17 Positionen die Ausgaben nach, hat keine Bemerkungen, wie lange z. B. städtische Grundstücke noch pachtlos sind, keine Kostenanschläge über beabsichtigte Reparaturen oder Neubauten. Der Etat ist die Grundlage der Rassenverwaltung und kann man sich eines gerechten Staumens nicht erwehren, wenn man vom Rentanten erfährt, daß diesen seit 4 bis 5 Jahren kein Etat vom Magistrat eingehändigt worden. (Fortf. folgt.)

Das Kunststück, Unwissenheit zu erzielen.

Das Bestreben der Reaktion, den Volksunterricht, der in Deutschland durch viele Jahre einen guten Aufschwung genommen hatte, niederzuerücken, die Schulstunden in Bestimmungen zu verwandeln, den realen Lehrgegenständen Abbruch zu thun, die Lehrer auf eine Stufe herabzusetzen, wo sie, selbstlich und geistig verkümmert, nur eine verkümmerte Volkserziehung herbeizuführen vermögen, dieses systematische Bestreben, die gute alte Zeit recht eilig wieder heraufzuzubereiten, hat in Süddeutschland auch in Staaten um sich gegriffen, die sonst Muster gesunder Volksbildung u. Schulbildung waren.

In Württemberg ist gegenwärtig diese systematische Beschränkung des Volksschulwesens ein Gegenstand der Verhandlung in der Kammer. Nicht bloß die Zeit des Unterrichts, sondern auch die Jahre der Schulpflichtigkeit sollen im Volksunterricht verkürzt werden. Die Linke des Hauses sucht diesen Plan zu bekämpfen und der Abgeordnete Mohl nennt das Kind beim richtigen Namen, wenn er dieses System als das der „Volksverdümmung“ bezeichnet.

Es bedarf wirklich keines großen Scharfblickes, um diese Bezeichnung als zutreffend anzuerkennen. Die gewünschte „Umkehr der Wissenschaft“ in den höheren geistigen Trägern der Bildung ist ein in Deutschland unerreichbares Ideal. Die Wissenschaft geht ihren naturgemäßen Gang sicherer Selbstständigkeit, ohne sich um die frommen Wünsche zu kümmern. Was aber in den Höfen vergeblich ist, sucht man in den Tiefen zu verwirklichen. Die Schule, diese Brücke der Bildung, die das Volksleben mit dem Wissen verbindet, muß verengt werden. Was am gegenwärtigen Geschlecht der Erwachsenen nicht leicht zu erreichen ist, muß am kommenden Geschlecht der Zukunft verwirklicht werden. Der Plan ist nicht neu; er ist durchsichtig, verständlich und wohl-angesehen.

In dem Kampfe für die Aufrechterhaltung eines guten Jngenunterrichtes geht aber der Abgeordnete Mohl in einem Punkte zu weit. Er thut der Reaktion Unrecht, wenn er ihr System als ein „unpolitisches“, als ein „unkluges“ bezeichnet. Wir sind in diesem Punkte keineswegs seiner Ansicht und müssen zur Steuer der Wahrheit bekennen, daß die Reaktion nach dieser Seite hin scharfsichtiger ist, als Mohl meint oder voraussetzt.

Der Abgeordnete Mohl sagt in seinem Kampfe gegen die Reaktion Folgendes:

„Es werden selbst in der äußersten Reaktion die Männer nicht fehlen, die einsehen, welche politischen Folgen dieses Herabdrücken des Volksunterrichtes nach sich ziehen werde. Freilich, man glaube, man habe die Ereignisse in der Welt fest in der Hand; er aber sei der Ansicht, dieselben werden sich ändern wie die Witterung, und er frage: sei es von der Reaktion klug gerechnet, das Volk zu verhüten und zu verdünnen? Lassen Sie, sagt er, meine Herren, einen Sturm kommen, wie im Jahre 1848, und Sie werden sehen, daß diejenigen am klug gerechnet haben, welche glauben, es sei am besten zu regieren, wenn das Volk verdünnt sei.“

Wir müssen der Wahrheit die Ehre geben und sagen, daß sich Mohl in diesem Punkte eines schweren Irrthums schuldig macht. Die Reaktion ist klüger und berechnender, als er voraussetzt.

Daß die Unwissenheit des Volkes nicht die Revolutionen verhüten kann, das weiß die Reaktion sehr wohl. Es giebt in der Welt kein unwissenderes Volk als das spanische und doch ist daselbst die Revolution fast permanent. Das französische Volk ist bei weitem unwissender als das deutsche, und doch liegt der Revolutionstrieb ausgeprägt in demselben, während er im deutschen Volke erst von außen her angepöcht wird. Börne, der viel scharfsinniger war als Mohl, hat

gerade die umgekehrte Behauptung aufgestellt. Er fand, daß gerade die Pflege des wissenschaftlichen Geistes und der Bildung im deutschen Volke das kluge Mittel der Regierungen sei, den Geist der Revolution fern zu halten. Börne hat diese Lehre so offen und unumwunden ausgesprochen, daß man wohl annehmen darf, es habe die Reaktion sich dieselbe wohl gemerkt. Aber sie ist fortgeschritten und hat sich durch die Erfahrung noch einer Lehre bemächtigt, die Börne nicht durchdacht hat, und die Mohl ganz und gar entgangen ist.

Vollkommenheit ist kein Mittel zur Verhütung von Revolutionen; im Gegentheil: die Unwissenheit wird viel leichter zu Revolutionen hingerissen; aber Mohl ist in großem Irrthum, wenn er meint, daß die Revolution die gefürchtetste Feindin der Reaktion sei. Das ist keineswegs der Fall; denn die Erfahrung hat gelehrt, daß die Ausbreitungen und Erzfisse eines unwissenden Volkes nach einer Revolution der segensreiche Boden für die Reaktion ist.

Es ist ein ganz leerer Schreckhauch von Mohl, wenn er der Reaktion sagt: es werde sich ein unwissendes Volk nach einer Revolution nicht leicht regieren lassen. Die Reaktion weiß das und sagt sich im Stillen: das ist sehr schön, da werden die liberalen Herren, die dann regieren wollen, recht gründlich Banterott machen. Sie werden ein ungebildetes unwissendes Volk vorfinden, das die Freiheit nicht verträgt, nicht zu schätzen und nicht zu wahren weiß und das Ende wird dann sein, daß das Regiment uns nur noch entschiedener zufällt.

Wollen wir daher in einem Kampfe für die gute Sache der Volksbildung offen und redlich sein, so müssen wir bekennen, daß die Reaktion nicht so thöricht rechnet, wie Mohl voraussetzt. Gelänge es erst, das Volk bis zur Unwissenheit niederzudrücken, so würde jede Revolution in ihrem Erfolge nur den Sieg der weitergehenden Reaktion besiegeln.

Glücklicherweise verrechnet sich die Reaktion in ganz anderer Art wie Mohl meint, und das ist es, was uns zur völligen Beruhigung gereicht. Wir glauben nicht an die Möglichkeit, der Volksbildung in Deutschland Einhalt zu thun! Das Kunststück, das man versucht, die Volksschule niederzudrücken, ist in unseren Augen vergeblich in seiner Wirkung, es wird, Gott lob, zu spät ergriffen, um von Erfolg zu sein. Das ganze Leben und Streben, Hamstieren und Arbeiten des Volkes ist so entschieden auf Wissen und Einsicht gegründet, daß es nimmermehr gelingen wird, dessen Quellen zu verstopfen. Die Naturwissenschaften, die man eigentlich unter Baun legen möchte, treten immer mehr und mehr auf den Markt des Lebens heraus, und diese lassen sich gar nicht mehr zurückdrängen. Wohl ist es zu beklagen, wenn man die Schule nicht als Vorstufe der Verfüllung im Bereich des Wissens und der Erkenntnis heranbildet; aber was man auch versuchen möchte, die Volksschule, die Volksschule und die Kinder im Dämmerlicht halber Unwissenheit zu erhalten: es ist Alles vergeblich, so lange man nicht das Leben in seiner Wirklichkeit, in seinem Schaffen und Leisten zurückzuschrauben vermag, in welches die Kinder doch bald hinaustreten und das ihnen eine große, höchst lehrreiche und eindringliche Schule wird, die keine Reaktion mehr maßregelt und zügelt.

Detmold, 25. Mai. Der zweite Pfingsttag bot die in einer durchweg protestantischen Gegend seltene Gelegenheit dar, einen als Kanzelredner hervorragenden katholischen Ordensgeistlichen, den Jesuitenpater Mohl aus Paderborn predigen zu hören. Derselbe wurde von einer nicht unbedeutlichen Anzahl Nichtkatholiken, auch der höhern Stände, und selbst solcher, die sich sonst nicht durch übermäßigen Eifer im Kirchenbesuche auszeichnen, besucht. Einseher dieses hat die Uebersetzung mit nach Hause genommen, daß der betreffende Jesuitenpater sein Terrain gut kannte und sich deshalb vom Zelotismus sehr weit entfernt hielt. Nur in Oesterreich kann es einem Jesuitenpater — Burgstaller heißt der Mann — einfallen, zu sagen: „der Unterschied zwischen A. v. Humboldt und milchgebenden Thieren, die auch Kräuter sammeln und recht gut botanisiren“, sei nur der, daß letztere den Menschen nützen, eben weil sie Milch geben, ersterer aber die Welt mit seinen unnützen Büchern verderbe“. Nebendarüber beschäftigte sich auch eine Zeitlang mit der Botanik, vielleicht gefüllt es später dem

ehrwürdigen Vater Burgstaller, in seine erhabenen Fußstapfen zu treten. (Daniel 4, v. 22 — 24.)

Lemgo, 27. Mai. Heute fand sich der Herr Regierungs-Rath Heleman im hohen Auftrage hier ein, um mit Magistrat und Stadtvorordneten über die Abgabe der Gerichtsbarkeit der Stadt an hohe Landesherren zu beraten. Der Herr Reg.-Rath leitete diese Angelegenheit mit einer passenden Rede ein, worin er der bisjüngst Justizverwaltung eben keine Schmeicheleien sagte, wohl aber der Versammlung die Bedeutung vorlegte, welche die Aufgabe eines Rechts mit sich bringe. Schon diese trefflichen Worte hätten bei einiger Ueberlegung die Versammlung bestimmen können, die Rechte der Stadt nicht aufzugeben, da mehr als deutlich daraus hervorging, daß die Uebernahme größtentheils nur persönlicher Natur seien, nicht aber in der Verfassung liegen könnten. Mißgriffe bei der Besetzung einer Stelle passiren nicht allein, wenn eine solche durch Wahlen geschieht. Die Versammlung aber, nicht oft gerufen, einen hohen Beamten in ihrer Mitte zu haben, ging auf die Verhandlungen ein, nur fünf Mitglieder stimmten dagegen. Die übrigen glaubten in Ersparungen, welche sich in Zukunft sehr fruchtbar erweisen werden, ihr Votum motiviren zu können, die Rechte der Stadt, diese acht germanische Stämme, ihre Justizbeamten selbst zu wählen, abzugeben. Man wird sich darin aber sehr getäuscht finden, wenn erst das neue Dreistadt und mit ihm die Einrichtung der neuen Verwaltung fertig sein wird. Diesen Grund wird zu ersparen hatten im Laufe der Verhandlung denn auch viele wieder vergessen und sie waren consequent genug, Pensionsanträge und Fixation von Strafgeschäften zu bewilligen, was sie vor 8 Tagen in einer gemeinschaftlichen Versammlung abgelehnt hatten. Wenn die Bedingungen höhern Orts genehmigt werden, so geht in nicht langer Zeit die hiesige Justiz auf hohe Landesherrenschafft über, indem diese die Herren Rath Petri und Seert, Clemen übernimmt, wogegen sämtliche Sparten der Justiz, der Forst- und Hüttenwesen in die Commersasse fließen. Die Commersasse, an deren Spitze außerordentlich gute Rechnungsführer stehen, wird sich schon vor Schaden zu hüten wissen, sie wird nicht ohne Noth, d. h. nicht freiwillig Geld nach Lemgo schicken. Diese ganze Angelegenheit, welche von hier angeregt wurde, scheint wieder ein kleines Spiel zu sein, um eine Persönlichkeit auf den Bürgermeisterstuhl zu bringen, welche die juristische Laufbahn nicht eingeschlagen hat und lassen sich auch die guten Bürger ins Neg fuhren, welche sich dann eines schönen Morgens die Nachmittage über die Ohren ziehen und mit geballter Faust in der Tasche sagen: verfluchte Kerle! Sie konnten aber bei einiger Einsicht den Gang der Sache vorherwissen. Sie mußten die Verfassung der Stadt nicht ohne Noth aufgeben. Nur fünf Mitglieder des Stadtvorordneten-Collegiums blieben der Sache treu und stimmten consequent gegen alle Propositionen, da sie wußten, daß nur Persönlichkeiten, nicht die Verfassung der Stadt daran Schuld sein konnten, wenn hier die Justizpflege vielleicht nicht so exact verwaltet wurde, als man wünschen dürfte, und geschah letzteres nicht, so hat die Justizpflege der Städte das dieselbe Aufsichtsbehörde, als die des Landes, worunter wir jetzt kommen.

Lemgo, 17. Mai. Niemand kann wünscheln, daß die Fortsetzung des Danabrücker Gesangbuchsstreits in die lutherischen Gemeinden unseres Landes getragen werde. Wie man hört, sollen die beiden lutherischen Prediger unserer Stadt die Einführung des Ravensberger Gesangbuchs in ihre Gemeinden betreiben und soll es Huchl. Consistorium von Presbyterien überlassen haben, hierüber zu entscheiden. Es circuliren zu dem Zwecke einige Exemplare jenes Gesangbuchs bei den Mitgliedern der Presbyterien, um sich darüber zu erklären. Wir halten es nun für Pflicht dieser, Erklärungen in den Gemeinden einzulegen, ob diese Aenderung auch Widerstand finde.

Wir kennen das Ravensberger Gesangbuch nicht und erlauben uns daher keinen Vergleich mit dem hier gebräuchlichen von Kennern für ganz vorzüglich gehaltenen Gesangbuche, möchten demnach wohl schon aus dem Grunde in die Zweckmäßigkeit dieser Veränderung bescheidene Zweifel setzen, weil diese Art der Besteuerung der Gemeinden nicht geeignet ist, jetzt empfohlen zu werden, wo das Geld ein sehr seltener Artikel ist. Diese Maßregel wird namentlich denjenigen Familien fühlbar, welche ihre Kinder in die Volksschule schicken, wo dann jedes Kind ein Gesangbuch haben muß. Es wird vielfach vorkommen, daß ein Tagelöhner 4 schulpflichtige Kinder hat und daher mindestens 4 Gesangbücher auf einmal anschaffen muß. Nun

kommt hinzu, daß die Kirchenstühle für Männer und Frauen getrennt sind und wenn die schulpflichtigen Kinder die Kirche besuchen und ihre Gesangbücher mitnehmen die Eltern sich noch zwei Exemplare zulegen müssen. Mitbin wären in einem solchen Hause 6 Gesangbücher notwendig, welche eine Ausgabe von mehreren Thalern je nach dem Einbände verursachen. Wir wünschten, daß die Presbyterien unserer beiden lutherischen Kirchen in Hinblick auf die Verhältnisse der Bürger die Gesangbuchsangelegenheit auf sich beruhen lassen möchten, damit der Kirche in den Gemeinden nicht gefährdet würde, die wie man allgemein hört gar nicht einverstanden mit dieser Neuerung sind. Was dem alten Gesangbuche nach dem Geschmacke der Prediger abgeht, das hätten sie vielleicht in ihren Predigten Gelegenheit zu ergänzen.

Lemgo, 28. Mai. Heute gegen Mittag überzogen unsere Stadt 2 schwere Gewitter, von denen das eine seinen Witz in den großen Thurm der Nicolai-Kirche sandte, ein zweiter Strahl machte aber glücklicherweise den Schlag zu einem kalten, durch Ähren zeichnete der Blitz seinen Weg am kupfernen Ableiter des Thurmes und ging in die Erde, ohne weitere Spuren zu hinterlassen. In Brake hat derselbe 2 Pöppeln beschädigt.

Lemgo. Endlich ist Aufmanns Prediger: W. in Abgang vom Pfarramt nach Beantwortung der 25 Besumnisfragen u. s. w. hier angekommen.

Weltbegebenheiten.

In einem zu Gießen erscheinenden Blatte macht die dortige Schuhmacherzunft bekannt: „Nach den abgeschlossenen Ueberpreisen fühlen wir uns verpflichtet, unsern Kunden und dem verehrten Publikum überhaupt hiermit öffentlich anzuzeigen, daß wir an den vorigen Jahres festgestellten Preisen für Schuhwaaren am Gulden 9 Kreuzer herabgesetzt haben.“ Unsere hiesigen Schuhmacher werden sich ohne Zweifel beeilen, diesem Beispiel so rasch zu folgen, wie sie mit der Erhöhung der Preise bei der Hand waren.

Vom Rhein. Das Haus, in welchem Luther kopulirt wurde, ist katholischerseits angekauft worden. Wie das „Fr. N.“ meldet, wurde der Ankauf durch Hrn. Pfarrer Thissen aus Köln eingeleitet und abgeschlossen, damit man an jener Stätte eine katholische Kirche und ein Pastorat erbaue.

In der Papiergeldfrage soll von den thüringischen und anhaltinischen Staaten bei der hiesigen Regierung der Abschluß von Separatverträgen beantragt sein, durch welche die Banknoten der betreffenden Länder in Preußen zugelassen würden. Diesseits scheint ein Entschluß noch nicht ausgesprochen zu sein.

Dem „Nabberadatsch“ ist jetzt der freie Eintritt in Rußland gestattet. Dagegen soll, einem Gerüchte zufolge, die Kreuzzeitung einen sehr großen Theil ihrer Abonnementen in Rußland verloren haben.

Kein Kanal mehr! Unter dieser Ueberschrift bringt die „Köln. Ztg.“ eine ausführliche Darlegung der zwei gleich, zeitig aufgetauchten Riesenprojekte, die nichts geringeres bezwecken, als die ewige Scheitelfronte zu beseitigen, welche die Natur selbst zwischen England und Frankreich errichtet zu haben scheint. Es sind erst wenige Wochen her, daß Herr Thome de Gamont, ein französischer Ingenieur, dem Publikum seinen großartigen Tunnelplan vorlegte. Es handelt sich darum, die internationale Bahn von Orisnez, auf französischer, nach Eastbourne, auf englischer Seite, unter dem Kanal in einer Tiefe hinzuführen, daß die Tunnelmündung am niedrigsten Punkte durch eine bis 80 Metres hohe Erd- und Felsenmasse vom Wasserspiegel getrennt wäre. Jetzt tritt Herr Webb, ein englischer Ingenieur, mit einem noch möglich noch kühneren Plane hervor; er will die Bahn von Orisnez nach Dondres, über, oder richtiger, durch eine Brücke führen, welche am höchsten Punkte bis 91 Metres über dem Wasserspiegel hinginge. Das französische Projekt ist die Frucht mehrjähriger Studien, deren detaillierte Ergebnisse Herr Gamont neulichst auch dem größeren Publikum zugänglich gemacht hat.

London. Die sterblichen Ueberreste der Herzogin von Orleans wurden am 22ten d. Mts. in derselben katholischen Kapelle in Wehrbrücke (Surrey) beigesetzt, wo die Gebeine des Königs Louis Philipp und der Herzogin von Nemours ruhen.

— In der montenegrinischen Angelegenheit hat die hohe Pforte ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, auf die von Preußen, England, Frankreich und Rußland angerathene friedliche Erledigung der Grenzstreitigkeiten mit Montenegro durch eine Kommission der fünf Großmächte einzugehen. „Es wäre damit die Gelegenheit gegeben, durch diplomatische Vermittelung nicht etwa das den oft beschränkten status quo herzustellen, sondern vielmehr die Beziehungen Montenegro's zur Pforte vom völlerrechtlichen Standpunkte aus zu regeln. Die Frage, ob Montenegro der türkischen Oberhoheit unterworfen sei oder nicht, darf künftighin kein Gegenstand des Streites bleiben, wenn die Veranlassung zu Mißlichkeiten mit der Pforte an dieser Stelle gründlich gehoben werden soll.“ — Vom montenegrinischen Kriegszustand wird von Wien aus berichtet, daß der Verlust der Türken ein sehr großer gewesen. Tausend Mann sind allein an regulären Truppen zu Grunde gegangen; der Verlust an irregulären (Bajsch-Bozuls) wird kaum geringer anzuschlagen sein, so daß im Ganzen nicht weniger als zwelstausend Türken niedergemetzelt wurden. Der Ueberfall des türkischen Lagers soll bei Nacht stattgefunden haben und zwar mit verrätherischen Hülfsmitteln.

Afien. Nach der Schätzung der „Times“ steht ungefähr die Hälfte der bengalischen Sepoys gegen England in Waffen. — Jey wird zu Kalkutta in den englischen Konstitutionalismus eingeweiht. Mit besonderem Vergnügen liest er sich die Parlamentsberichte über die Indiabil vorlesen. Als der Vorkämpfer in der Rede Lord Palmerstons jene Stelle überlegte, wo dieser sich dahin geäußert hatte, daß Völker durch unüberlegte Veränderungen oft gelitten haben, war Jey sehr aufgeregt, und rief immerfort „Gut, Gut“; aber der zweite Theil des Satzes, der da lautet: „noch mehr jedoch haben sie durch eigensinnigen Widerstand gegen notwendige Reformen gelitten“ schien ihm viel weniger zu besagen; er warf sich grunzelnd in seinen Stuhl zurück. Höchst erregt war er über Lord Palmerstons Nachtritz, und gar selbstvergessen schüttelte er sich mit seinem ganzen Leibe als er hörte, daß Lord Derby eine rasche Erledigung des Kampfes mit China hoffe.

— Sir Colin Campbells Hauptquartier und Stab verließen Canpur am 19. April und marschirten nach Rehicund. — Nach einem Briefe aus Schanghat hat Lord Elgin den kaiserlich ansehnlichen europäischen Kaufleuten die Versicherung ertheilt, daß er von seinen an die chinesische Regierung gestellten Forderungen nicht das Geringste nachlassen, im Gegentheil die Feindseligkeiten, wenn es nöthig werden sollte, wieder beginnen und mit bewaffneter Macht bis vor die Thore von Peking vordringen werde.

Vermischtes.

„Der Patriot“ eine Zeitung für Westfalen, welche in Pöppstadt erscheint, enthält einen Artikel „Westfalen und der Westfälinger“, wir erlauben uns die sich auf unser Land bezügliche Stelle abzuzeichnen:

„Das Fürstenthum Lippe-Deimold ist verhältnismäßig ein glückliches Land zu nennen, weil es wenig Arme, dafür desto mehr fleißige und genügsame Menschen zählt. Das ganze Ländchen ist von Wald und Hügeln durchzogen, welche vom hohen dunkeln Teutoburger Walde zu den Wefergebirgen streifen. Anmuthige Gründe wechseln ab mit gutbestandenen Forsten und wohlbebauten Breiten und Thalmulden. Der Lipper selbst ist gutmüthig und durchgängig nicht ohne eine Art von Hausmannsbildung. Er ist seit lange her gewohnt, in den Haushalt des Landes wie der Gemeinden einen Einblick zu thun und sein gutgemeintes Wort mitzusprechen. Er ähnelt dem Ravensberger, ist aber breiter von Figur und hat eine dunklere Färbung. Seine Aussprache lautet widerwärtig, er faßt die Worte zu sehr im Halse. Die Hauptstadt Det-

mold ist eine artige Residenz, in den neuen Anlagen fast großstädtisch, und in den Hauptfamilien, welche übrigens manche Aemter gleichsam in Erbschaft zu haben scheinen, findet man eine feine und ansprechende Geselligkeit. Das im Mittelalter bedeutende Lemgo ist jetzt eine bloße Altersstadt geworden, in der sich aber trotzdem ein kleines literarisches Leben erhält. Der Detmolder ist gern ein feiner Residentler, der Lemgoer aber thut sich etwas darauf zu Gute, selbstständiger in seiner Denkungsart zu sein. Wie in allen kleinen Fürstenthümern Deutschlands ist auch im Lippschen das deutsche Nationalgefühl um so wärmer, als das eigene Ländchen zu eng ist für ein speciell vaterländisches Gefühl. Zu ihrem geordneten Gemeinwesen könnte man den Lippern aber kein schöneres Geschenk machen als mit einer Umwandlung ihres Prozeßrechts in eine schnelle und billige Rechtspflege. Waldeck leidet ebenfalls noch an den althergebrachten Krebschäden, welche das gemeine Recht nach und nach mit sich brachte. Die Fürstenthümer Lippe und Waldeck haben mehr Adelsaten als Quadratmeilen, obwohl nur ruhiges ackerbautes Volk, bei welchem bekanntlich Prozesse weniger entstehen, als in einer lebhaften Handels- und Gewerbestadt.

Bekanntmachung.

Die Zimmerarbeiten zum Bau einer neuen Thurmhanke sowie zum innern Ausbau des Thurmes hiesiger Münsterkirche, veranschlagt zu 1364 Thlr. 24 Sgr. 2 Pf., sollen im Wege der Submission an den Mindestfordernden verdingt werden. Anschlag, Zeichnungen und Bedingungen liegen im Baubureau zur Einsicht.

Die Eröffnung der Offerten, welche mit der Aufschrift: „Submission-Offerte für Zimmerarbeiten zum Thurmbau in Herford“ versehen sein müssen und rechtzeitig und portofrei an den Unterzeichneten zu richten sind, findet im Beisein der Submittenten statt und ist dazu ein Termin auf

Donnerstag den 3. Juni c.

Vormittags 9 Uhr im Baubureau angesetzt.

Herford den 22. Mai 1858.

Der Bauführer

Haepele.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 1270 Cubikfuß Eichenholz und 734 Cubikfuß Tannenholz zum Bau des Thurms der hiesigen Münsterkirche soll im Wege der Submission an den Mindestfordernden verdingt werden. Die näheren Bedingungen sind im Baubureau einzusehen.

Die Eröffnung der Offerten, welche mit der Aufschrift: „Submission-Offerte für Holzlieferung zum Thurmbau in Herford“ versehen sein müssen und rechtzeitig und portofrei an den Unterzeichneten zu richten sind, findet im Beisein der Submittenten statt und ist dazu ein Termin auf

Freitag den 4. Juni c.

Vormittags 9 Uhr im Baubureau angesetzt.

Herford den 22. Mai 1858.

Der Bauführer

Haepele.

Bad Seebruch

bei Vlotho.

Die Curzeit beginnt am 1. Juni. Auskunft über die Heilkräfte der hiesigen Schwefelwasser- und Schlamm-bäder ertheilt der Badearzt Herr Doctor Bos zu Vlotho. Logis-Vestellungen nehme ich entgegen.

Bad Seebruch, 15. Mai 1858. L. v. Zabiensky.

Weizen 1 Thlr. 17½ Sgr. bis 1 fl. 25 Sgr.

Roggen 1 Thlr. 10 Sgr.

Gerste 1 Thlr. 10 Sgr.

Hafer 1 Thlr. bis 1 Thlr. 10 Sgr.

Rauhfutter 1 Thlr. 25 Sgr.

Bohnen 1 Thlr. 25 Sgr.

Stand der Louisdor 5 Thlr. 14½ Sgr.